

# Schulleiter fürchten um ihre Autorität und ihre Stellen

Tages-Anzeiger 15.4.2016

Der Kanton will nichts mehr an die Löhne der Schulleiter zahlen. Bei den Betroffenen herrscht Unruhe. Und die SVP prüft, ob man Schulleiter ganz streichen könnte.

Daniel Schneebeli

Mit 125 Massnahmen will der Regierungsrat den Finanzhaushalt des Kantons um 1,8 Milliarden Franken entlasten (TA von gestern). Eine davon hat die Schulleiter in Alarm versetzt: Die Regierung möchte die rund 700 Schulleiter zu Gemeindeangestellten machen und so 15 Millionen sparen. Heute sind die Schulleiter kantonal angestellt und bekommen rund 20 Prozent des Lohns aus der Kantonskasse. Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) möchte nun, dass die Schulleiter vollständig von den Gemeinden bezahlt werden. Damit könne der Kanton einerseits sparen, anderer-

seits komme er einem Wunsch der Gemeindeschulpflegen nach, die schon länger mehr Spielraum bei der Führung ihrer Schulen fordern.

## Ein Leiter bei 25 Stellen

Heute schreibt der Kanton die Höhe der Löhne und die Anzahl der Schulleiterstellen vor. Bei knapp 25 Vollzeitstellen hat eine Schule Anrecht auf einen vollamtlichen Schulleiter. Zusätzliche Stellenprozent für die Schulleiter können die Gemeinden auch dem sogenannten Gestaltungspool entnehmen, der zur Entlastung von Schulpersonal gedacht ist. Wenn eine Gemeinde den Schulleitern zusätzliche Aufgaben überträgt, etwa die Personalverantwortung über die Schulverwaltung oder die Hauswarte, kann sie eine zusätzliche Person einstellen. Eine Obergrenze der Schulleiterpensen existiert zwar nicht, allerdings muss das Volksschulamt zusätzliche Stellenprozente bewilligen.

Vehement gegen den «Rauswurf» aus dem Kreis der kantonalen Angestellten

wehrt sich der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH): «In der Privatwirtschaft werden die CEOs schliesslich auch nicht outgesourct», sagt VSLZH-Präsidentin Sarah Knüsel. Diese «Sparmassnahme» nütze nur dem Finanzdirektor, und sie schade den Schulleiterinnen und Schulleitern.

Knüsel fürchtet, dass sie nun um die Löhne und Arbeitsbedingungen der Schulleiter kämpfen muss statt um wichtige Führungsfragen. «Damit wird unsere Rolle in den Schulen destabilisiert», fürchtet sie. Insbesondere bestehe die Gefahr, dass es zu Chancenungleichheit komme. Bereits heute gebe es finanzschwache Gemeinden, die den Schulleitungen minimale Pensen bei maximalen Aufgaben zuteilten. Dieser Trend werde sich mit einer Kommunalisierung verstärken. Knüsel findet es zum jetzigen Zeitpunkt unsinnig und willkürlich, Kindergärtnerinnen und Lehrpersonen mit Kleinstpensen zu kantonalen Angestellten zu machen und bei den Schulleitern das Gegenteil zu tun. Knü-

sel räumt aber auch ein, dass es Schulleiter gebe, die sich über eine Kommunalisierung freuen, weil sie sich so mehr Einfluss in der Gemeinde erhoffen.

## SVP wittert Chance

Kein Widerstand wird diesem Sparvorschlag von der SVP erwachsen, wie Kantonsrätin Anita Borer erklärt. Die Konsequenz der Massnahme wäre für die SVP aber, dass der Kanton bei der Anstellung von Schulleitern nicht mehr dreinredet. Es gebe viel Frust in den Gemeinden über das kantonale Diktat. Künftig sollen die Schulpflegen gemäss Borer selber entscheiden, wie viele Schulleiter sie einstellen wollen. Es müsse auch möglich sein, ganz auf Schulleiter zu verzichten. «Wir werden prüfen, ob wir eine solche Änderung des Volksschulgesetzes verlangen sollen», erklart Borer.

Ob sie damit im Kantonsrat eine Mehrheit findet, ist fraglich. Die Grünen würden sich einem solchen Ansinnen widersetzen, wie Kantonsrätin Esther Guyer sagt. Im Unterschied zur SVP fin-

det sie es sinnvoll, dass es für die Schulleiter ein einheitliches kantonales Pflichtenheft gibt. Sie ist aber auch der Meinung, dass der Kanton mitzahlen soll, wenn er Vorgaben macht: «Es ist nicht gespart, wenn man Kosten verschiebt.»

## Organisation ist Gemeindegache

Für den Chef des Zürcher Volksschulamts, Martin Wendelspiess, ist es nicht unüblich, wenn Behörden höheren Verwaltungsebenen Vorgaben machen und nicht an die Umsetzung mitzahlen. Das sei etwa so in der Raumplanung oder im Strafvollzug. Für Wendelspiess sind Schulleiterinnen und Schulleiter im Unterschied zu den Lehrpersonen hauptsächlich für den Betrieb der Schulen verantwortlich. Deshalb sei es nicht unsinnig oder willkürlich, sie zu Gemeindeangestellten zu machen. Wendelspiess teilt auch die Befürchtungen von Knüsel nicht, die Autorität der Schulleiter werde untergraben: «Diese Führungspersonen haben sich praktisch überall voll etabliert.»